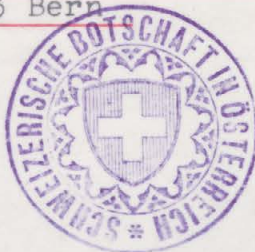


Kopie für die Direktion für internationale Organisationen, EPD,
3003 Bern



den 28. Januar 1976

721.5
 350.0 - MZ/rm

Politische Direktion, EPD

3003 B e r n

OPEC-Debatte im
 Nationalrat

an	KAM	ZR	MI	g	PO	KAN
Datum	301					
Visa	✓	✓	✓	✓	✓	✓
EPD	29.01.76				17	
Ref.	0.707.01 1111					

Handwritten notes:
 - Top right: "copie BUPO 3/2" with a checkmark
 - Middle right: "copie 5/2" with a checkmark
 - Far right: "9/a" and "L"

Herr Botschafter,

Mit einer ausführlichen Darlegung der Vorgänge beim Ueberfall auf das OPEC-Gebäude vom 21. Dezember 1975 durch Bundeskanzler Kreisky, und nicht durch den an sich zuständigen Bundesminister für Inneres, begann gestern im Nationalrat die Behandlung dieses für Oesterreich schmerzlichen Kapitels, welche heute fortgesetzt werden soll. Die Ausführungen Kreiskys sowie die anschliessende Diskussion lassen sich in drei Teile gliedern, nämlich Sicherheitsmassnahmen vor dem Ueberfall (Präventivmassnahmen), Verhalten während der Krise sowie daraus zu ziehende Konsequenzen (Manöverkritik und Verbesserungsvorschläge). Es soll hier kurz auf diese Punkte eingegangen werden.

1. Sicherheitsmassnahmen vor dem Ueberfall (Präventivmassnahmen)

Im ausführlichen Bericht der Bundesregierung, den der Bundeskanzler dem Nationalrat über das OPEC-Attentat am 21. Dezember 1975 vorgelegt hatte, fand sich noch keinerlei Eingeständnis irgendwelcher Versäumnisse vor dem OPEC-Ueberfall, und die sozialistische Arbeiter-Zeitung überschrieb auch noch ihren Artikel vom 28. Januar 1976 mit "Sicherheit entsprach dem Abkommen" (ge-



meint ist das Amtssitzabkommen mit der OPEC). Man operierte dabei mit der "Exterritorialität" und - korrekter - der "Unverletzlichkeit" des OPEC-Gebäudes, die irgendwelche Massnahmen ohne Zustimmung der Organisation verunmöglichen.

Das Eingeständnis Kreiskys vor dem Nationalrat am 27. Januar ("Jawohl, wir haben einen entscheidenden Fehler gemacht: wir haben die OPEC für ungefährdet gehalten. Die OPEC selbst hat sich nicht als Sicherheitsrisiko gefühlt". Vgl. "Die Presse" vom 28. 1.1976) kann daher tatsächlich als Ueberraschung bezeichnet werden, mit welcher der Bundeskanzler seinen Gegnern offenbar den Wind aus den Segeln nehmen wollte. Und Innenminister Rösch gab sogar zu, dass das Attentat unter Umständen zu verhindern gewesen wäre. ("Ich trage die Verantwortung, wenn Sie so wollen", vgl. "Die Presse" vom 28.1.1976).

Die zum Teil scharfe Kritik der Oppositionsparteien setzte denn auch an diesem Punkte an und drückte sich teilweise in Verbesserungsvorschlägen aus (vgl. unter 3.). Man wies auf die Versäumnisse der österreichischen Sicherheitsbehörden hin, die das Eindringen der Verbrecher ins OPEC-Gebäude ermöglichten, sowie auf die mangelnde Information. ("Bis heute wissen wir nicht, wo und wie die Bande eingereist ist, wo sie in Wien wohnte". So OeVP-Sicherheitsprecher Bauer, vgl. "Die Presse" vom 28.1.1976).

2. Verhalten während der Krise

Bundeskanzler Kreisky rekapitulierte vor dem Nationalrat nochmals die Ereignisse des 21. und 22. Dezember 1975 und insbesondere die von der Regierung verlangte Rechtsgüterabwägung. Die Entscheidung habe nur zugunsten des Rechtsgutes des menschlichen Lebens ausfallen können. Kreisky meinte, "es sei keine Frage des

Mutes, vom Ballhausplatz aus das Leben einer grossen Zahl von Menschen zu riskieren. Es handle sich bestenfalls um einen Mangel an Bereitschaft, ein solches Risiko in Kauf zu nehmen" (vgl. "Arbeiter-Zeitung" vom 28.1.1976). Der Vergleich mit Vorfällen in anderen Ländern sei fehl am Platz, denn jede solche Situation müsse für sich betrachtet und geklärt werden. Die österreichische Regierung habe das Ausfliegen der Terroristen von drei Bedingungen abhängig gemacht (Zustimmung der Geiseln zum Verlassen Oesterreichs, Freilassung der in Oesterreich wohnenden OPEC-Angestellten vor dem Abflug und Freilassung der ausgeflogenen Geiseln nach der Landung im Bestimmungsort), die angenommen und anschliessend auch erfüllt worden seien.

Das Vorgehen der Regierung während der eigentlichen Krise, d.h. bis zum Ausflug der Terroristen, wurde von keiner Oppositionspartei kritisiert, und FPÖe-Sprecher Broesigke meinte dazu wörtlich: "Von den Schüssen in der OPEC bis zum Abflug von Schwechat kann niemand sagen, dass die Entscheidungen der Regierung falsch waren" (vgl. "Die Presse" vom 28.1.1976).

Scharfe Angriffe rief jedoch das Verhalten der Regierung im Zusammenhang mit dem "ominösen" Auslieferungsbegehren an Algerien hervor. Die Freilassung der Mörderbande durch die algerischen Behörden sei ein "Faustschlag ins Gesicht Oesterreichs gewesen. Und wir haben diese Watschen eingesteckt und Algerien sogar noch gelobt!" (so Broesigke; vgl. "Die Presse" vom 28.1.1976). Das Auslieferungsbegehren wurde auch als "Alibiaktion" bezeichnet, was den Justizminister dazu veranlasste, die absolut korrekte Durchführung dieses Verfahrens hervorzuheben. Und Kreisky vertrat die Ansicht, Algerien sei durch die Landeerlaubnis Oesterreich tatsächlich zu Hilfe gekommen.

Die Haltung der Opposition bezüglich des Vorgehens der Regierung bis zum und nach dem Ausflug der Terroristen geht

sehr gut hervor aus folgendem Untertitel: "Vorrang des Lebens von allen Parteien anerkannt - Verhöhnung des Rechtsstaates?" (vgl. "Salzburger Nachrichten" vom 28.1.1976).

3. Zu ziehende Konsequenzen (Manöverkritik und Verbesserungsvorschläge)

Besonders vermisst wurden durch die Opposition konkrete Hinweise auf vorbeugende Massnahmen für die Zukunft sowie eine Manöverkritik. Die SPÖe-Regierung habe zur Sicherheitspolitik offenbar nichts zu sagen. Man müsse aber Mut zur Selbstbehauptung "über alle Parteigrenzen hinweg" haben (OeVP-Sprecher Bauer; vgl. "Salzburger Nachrichten" vom 28.1.1976). Und Bauer wollte gerne genau wissen, was an präventiven Massnahmen gesetzt werde. Jedenfalls sei durch die Erklärung Kreiskys keine umfassende Information erfolgt; das Kabinett habe über seine Sicherheitspolitik wenig oder überhaupt nichts ausgesagt. In diesem Zusammenhang forderte Bauer die Aufstellung einer Terrorbekämpfungstruppe, wobei er auf das Beispiel Hollands verwies. Auch verlangte er als weitere Präventivmassnahme u.a. eine bessere Kontrolle des Einreiseverkehrs, wobei allerdings die gleichzeitig vorgeschlagenen Einschränkungen dazu nicht sehr logisch wirkten, was die sozialistische Presse zu einer Glosse unter dem Titel "Krisenstäblers Botksprünge" veranlasste (vgl. "Arbeiter-Zeitung" vom 28.1.1976).

Die Antwort Bundeskanzler Kreiskys ("Wir werden alles unternehmen, um ein ähnliches Ereignis in Hinkunft zu verhindern"; vgl. "Die Presse" vom 28.1.1976) wirkte dabei etwas dürftig. Verheissungsvoller ist eine kürzlich erfolgte Ankündigung des Innenministeriums, den Personalbestand der Wiener Sicherheitswache um 700 Mann erhöhen zu wollen, um vor allem die diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen besser bewachen zu können (vgl. "Die Presse" vom 24./25.1.1976).

- 5 -

In der Beilage finden Sie eine Aktennotiz über mein heutiges Gespräch mit meinem venezolanischen Kollegen, bei welchem auch der OPEC-Ueberfall erörtert wurde, sowie verschiedene Zeitungsausschnitte in dieser Frage.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

René Keller

Beilagen erwähnt

Kopie (mit allen Beilagen):

- Direktion für internationale Organisationen, EPD, 3003 Bern

Kopien (mit erwähnter Aktennotiz):

- Politische Direktion, EPD (2 zusätzliche Exemplare zur allfälligen Weiterleitung an die Bundesanwaltschaft und die Schweizerische Botschaft in Algier)
- Sicherheitsbeauftragter des EPD, 3003 Bern
- Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- Büro des Ständigen Beobachters bei den Vereinten Nationen, New York